



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALORDNUNG, FAMILIE, FRAUEN UND SENIOREN
PRESSESTELLE

PRESSEMITTEILUNG
Nr. 134/2012

13. September 2012

Einrichtung interdisziplinärer Transplantationskonferenzen an den baden-württembergischen Transplantationszentren

Gesundheitsministerin Katrin Altpeter: „Patienten und deren Angehörige müssen sicher sein, dass die Spenderorgane gerecht verteilt werden“

„Runder Tisch Organtransplantation“ bestätigt: keine Manipulationen in Baden-Württemberg

Die fünf baden-württembergischen Organtransplantationszentren haben am Donnerstag (13.9.2012) bei einem Gespräch im Sozialministerium ausdrücklich bekräftigt, dass es im Land nicht zu Manipulationen bei der Organvergabe gekommen ist. Im Vorfeld des von Gesundheitsministerin Katrin Altpeter einberufenen „Runden Tisches Organtransplantation“ waren die Zentren aufgefordert worden, eine Reihe von Fragen detailliert schriftlich zu beantworten. Die Angaben der Transplantationszentren, die die Fälle der vergangenen – teilweise bis zu zehn - Jahre untersuchten, decken sich insoweit mit den Berichten der bei der Bundesärztekammer organisatorisch angegliederten Prüfungskommission. Der „Runde Tisch“ soll nach den Worten von Ministerin Altpeter klären helfen, wie das Risiko von Manipulationen oder Unregelmäßigkeiten bei der Organvergabe so weit wie möglich verringert werden kann.

Altpeter: „Wir brauchen ein Höchstmaß an Transparenz und Kontrolle, damit die Bevölkerung nach den kriminellen Vorgängen bei der Organzuteilung in Göttingen wieder Vertrauen schöpft und auch wieder Organe spendet, um Leben zu retten.“

Erste Konsequenz: Interdisziplinäre Transplantationskonferenzen

Als eine erste Konsequenz aus den Vorfällen in Göttingen haben sich die fünf Transplantationszentren in Freiburg, Heidelberg, Mannheim, Tübingen und Stuttgart verpflichtet, in jedem Zentrum verbindlich eine interdisziplinäre Transplantationskonferenz einzurichten. Dieses innerklinische Kontroll- und Supervisionsgremium soll aus wenigstens drei Ärztinnen oder Ärzten bestehen, von denen eine Person einem medizinischen Fach angehört, das nicht unmittelbar an der Transplantation beteiligt ist – zum Beispiel Radiologie, Labormedizin oder Medizinethik. Diese Verpflichtung ist Teil des Zulassungsverfahrens für Transplantationszentren durch das Sozialministerium. Den Zentren steht es frei, über diese Mindestanforderungen hinaus weitere Personen, z.B. aus dem Pflegepersonal, in die Transplantationskonferenz aufzunehmen.

Altpeter: „Die Transplantationszentren müssen ihre Abläufe bei der Organtransplantation mit einem Höchstmaß an Transparenz organisieren und lückenlos dokumentieren.“ Insbesondere Entscheidungen, die in dringlichen Situationen zu treffen seien, müssten nachvollziehbar dokumentiert und interdisziplinär aufgearbeitet werden.

Keine fallzahlabhängigen Boni – mehr staatliche Aufsicht

Einigkeit bestand am „Runden Tisch Organtransplantation“ auch darüber, dass es in der Transplantationsmedizin keine Bonuszahlungen für bestimmte Leistungsmengen (fallzahlabhängige Boni) geben darf. Sie hätten nicht das Wohl der Patienten zum Ziel, stellten vielmehr finanzielle Fehlanreize dar.

Die Vertreter der baden-württembergischen Transplantationszentren haben deutlich gemacht, dass solche Boni an ihren Zentren nicht gewährt werden.

Als Konsequenz aus den Göttinger Vorfällen will die Ministerin auch die staatliche Aufsicht verstärken. Sie fordert deshalb, dass die Richtlinien der Bundesärztekammer für Organtransplantationen nach dem Transplantationsgesetz künftig vom Bundesgesundheitsministerium genehmigt werden müssen.

Außerdem will sie erreichen, dass bei Überprüfungen in den Transplantationszentren vor Ort ein Vertreter des jeweiligen Landes an der Prüfung beteiligt wird.

Vertrauen wiedergewinnen

Die Teilnehmer des Runden Tisches hätten darüber hinaus eine ganze Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die nun von den Fachleuten sehr sorgfältig geprüft würden. Die Ministerin will diese Vorschläge auch in das baden-württembergische „Aktionsbündnis Organspende“ einbringen. Im Aktionsbündnis sind u. a. die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft, die Transplantationszentren, die Deutsche Stiftung Organtransplantation, die Krankenkassen, die Ärzte- und Apothekerschaft und die Patientenorganisationen vertreten.

Die Ministerin unterstrich, dass auf Landesebene alles getan werde, um die Transplantationsmedizin zu unterstützen. „Wir haben in Baden-Württemberg hervorragende Experten, die durch ihre engagierte Arbeit in vielen Fällen schwerkranken Menschen das Überleben sichern und viel Lebensqualität ermöglichen.“ Trotz der Vorfälle in Göttingen dürften sie keinen pauschalen Vorwürfen ausgesetzt werden.

Im Interesse der Patienten müssten aber Schwachstellen bei Organspende und Organtransplantation beseitigt werden. „Wir müssen das Vertrauen der Bevölkerung so rasch wie möglich zurückgewinnen. Denn ohne Organspende gibt es auch keine Organtransplantationen“, so die Ministerin.